

Reichskommissar: Ministerialrat Dr. Beisiegel; Abt.-Dirigent im Reichsarbeitsministerium.

Gegründet: 1./8. 1930; eingetragen 9./9. 1930. Gründer: Das Deutsche Reich, die Deutsche Bau- und Bodenbank-Aktiengesellschaft, Berlin; die Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin; Dr. Werner Thümmler, Berlin; Dr. Hermann Worbs, Berlin.

Entwicklung: Die Grundlage für die Errichtung der Ges. gab die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26./7. 1930, in der die Reichsregierung ermächtigt wurde, „die Forderungen des Reiches aus Darlehen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge in eine Gesellschaft des privaten Rechts einzubringen, die die Errichtung und den Ausbau wertschaffender Anlagen fördern soll“. Auf Grund dieser Ermächtigung hat das Reich seine sämtlichen Forderungen aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, die bisher von den Landesarbeitsämtern und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verwaltet waren, im Gesamtbetrag von rund 372 000 000 RM zuzüglich der ab 1./4. 1930 eingegangenen oder eingehenden Zinsen in die Gesellschaft eingebracht. Ausgenommen wurden hiervon rund 20 000 000 RM bis zum 31./3. 1931 fälliger Forderungen, so daß der Gesellschaft rund 352 000 000 RM verblieben sind. Diese Forderungen sind mit einem Aktienkapital von 150 000 000 RM und offenen Reserven von 105 000 000 RM, also im ganzen mit 255 000 000 RM in der Bilanz aktiviert, so daß dieser Betrag einem Uebernahmekurs von 170 % für die Aktien entspricht.

Der gesamte Darlehnsbestand der Gesellschaft belief sich am 31./3. 1933 auf rd. 420.6 Mill. RM (im Vorjahre 416 Mill. RM). Die Darlehen verteilen sich auf die einzelnen Gruppen der Schuldner wie folgt: Reich und Länder 23.6 Mill. RM = 5.6 %. Städte über 100 000 Einwohner 61.3 Mill. RM = 14.6 %. Städte unter 100 000 Einwohner 87.2 Mill. RM = 20.7 %. Kommunalverbände 51.2 Mill. RM = 12.1. Genossenschaften, Zweckverbände und dergleichen 39.8 Mill. RM = 9.5 %, gemischtwirtschaftliche Unternehmen 56.9 Mill. RM = 13.6 %, Reedereien 30.2 Mill. RM = 7.2 %, Darlehen zum Landarbeiterwohnungsbau 70 Mill. RM = 16.7 %.

Im Geschäftsjahr 1932 wurden über die Gesellschaft Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung in Höhe von 504 Mill. RM finanziert. Von diesem Betrage wurden 204 Mill. RM für Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichswasserstraßenverwaltung, des Straßenbaues und sonstiger Tiefbauten (sogen. Papen-Programm), 300 Mill. RM für Arbeiten im Rahmen des sogen. Sofort-Programms bereitgestellt. Diese Kredite werden auf Wechselgrundlage in der Weise finanziert, daß die an den Arbeiten beteiligten Firmen Wechsel auf die Deutsche Ges. für öffentliche Arbeiten ziehen, die von der Ges. akzeptiert und von Banken diskontiert werden. Die Wechsel werden vom Reich bei den zuerst genannten Arbeiten (im Papen-Programm) nach einer Laufzeit von 1/4 Jahr, im Sofort-Programm innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren eingelöst. Die Verpflichtungen der Ges. aus dieser Transaktion sind im Papen-Programm (204 Mill. RM) durch Bürgschaften

des Reichs, im Sofort-Programm (300 Mill. RM) durch Hinterlegung von Steuergutscheinen sichergestellt.

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hat die Ges. bis zum Ende des Geschäftsjahres Darlehen im Betrage von 437.1 Mill. RM bewilligt. Im einzelnen sind die Mittel für folgende Arbeiten bereitgestellt worden: Maßnahmen der Reichswasserstraßenverwaltung 50.3 Mill. RM, sonstige Reichsmaßnahmen 88 Mill. RM, Straßenbauten 178 Mill. RM, Brückenbauten 18.1 Mill. RM, Flußregulierungen und Hochwasserschutzanlagen 5.8 Mill. RM, Versorgungsanlagen, Verkehrsunternehmen und sonstige werbende Anlagen 41.3 Mill. RM, sonstige Tiefbauten, in der Hauptsache Kanalisationsarbeiten 55.6 Mill. RM.

Den Trägern sind die Mittel als langfristige Tilgungsdarlehen unter Berücksichtigung der Lebensdauer der hiermit finanzierten Anlagen gewährt.

Aus eigenen Mitteln hat die Ges. bis zum 31./3. 1933 Darlehen von insgesamt 89 Mill. RM bewilligt.

Zweck: Förderung der Errichtung und des Ausbaus wertschaffender Anlagen und zu diesem Zweck die Aufnahme von Anleihen u. Darlehen im In- u. Auslande u. die Gewährung von Darlehen im Inlande. Die Annahme von Depositen und der Betrieb von Bankgeschäften ist der Ges. nicht gestattet. Grundstücke darf die Ges. nur zur Verhütung von Verlusten oder zur Beschaffung von Geschäftsräumen erwerben. Die Tätigkeit der Ges. ist gemeinnützig. Ihre Geschäfte werden auftragsweise durch die Deutsche Bau- u. Bodenbank A.-G., Berlin, besorgt. Die Ges. untersteht der Aufsicht des Deutschen Reichs, die durch einen Reichskommissar ausgeübt wird.

Kapital: 150 000 000 RM in 150 000 Nam.-Aktien zu 1000 RM, übernommen von den Gründern zu 170 %. Sämtl. Aktien sind in der Hand des Deutschen Reiches.

Geschäftsjahr: 1./4.—31./3. — **G.-V.:** Im ersten Geschäftshalbjahr. — **Stimmrecht:** 1 Aktie = 1 St.

Bilanz am 31. März 1933: **Aktiva:** Guthaben bei Banken mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten 9 735 849, (davon innerhalb 7 Tagen fällig 8 735 849), unverzinsliche Schatzanweisungen 400 000, Auszahlungen auf bewilligte Darlehen 35 325 177, langfristige Darlehen 235 235 644, Darlehen f. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 57 835 177, sonst. Schuldner 224 082, ausstehende Zs. 1 408 558, Wertpap. 97 257, Immobilien 200 000, Mobilien 1, anteilige, nach dem Bilanzstichtage fällig werdende Zs. 4 036 768, transitorische Posten 19 519. (**Bürgschaftsschuldner** 466 485). — **Passiva:** A.-K. 150 000 000, Res.-F. 105 000 000, Sonder-Res. 8 000 000, langfristige Darlehen 8 709 983, sonst. Gläubiger 3 443 156, Akzeptverpflichtungen 57 835 177, transitorische Posten 158 866, (Bürgschaftsverpflichtungen 466 485), Gewinnvortrag 880 701, Uberschuß 10 490 149, Sa. 344 518 032 RM.

Gewinn- u. Verlust-Rechnung: **Debet:** Verwaltungskosten: eigene Verwaltungskosten 71 398, an die Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G. vergütete Verwaltungskosten 417 581, Abschreibungen a. Immobilien 111 001, sonst. Abschreibungen 2 717 139, Gewinn 11 370 850. — **Kredit:** Gewinnvortrag 880 701, Zs. 13 777 168, Akzeptprovisionen 30 100, Sa. 14 687 969 RM.

Dividenden 1930/31—1932/33: je 5 %.

Zahlstelle: Deutsche Bau- u. Bodenbank A.-G., Berlin.

Deutsche Reise Spar-Aktiengesellschaft, Berlin.

Die Ges. wurde lt. Bekanntmachung des Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 1./4. 1933 aufgefordert, binnen 3 Monaten Widerspruch gegen die Löschung ihrer

Firma zu erheben. In Nichtachtung dieser Aufforderung wurde die Firma am 11./7. 1933 von Amts wegen gelöscht.

D. A. S. Deutscher Automobil Schutz Aktiengesellschaft.

Sitz in Berlin W 9, Eichhornstraße 1.

Vorstand: Fritz Lübben.

Aufsichtsrat: Vors.: Landrat a. D. Siegfried von Kendorff, Berlin; Dir. Heinrich Hildebrandt, Potsdam; Dir. Henry de Blonay, Genf.

Gegründet: 27./3. 1928; eingetragen 18./4. 1928.

Zweck: Gewerbsmäßige Beratung und Vertretung von Interessenten, insbesondere von Automobilbesitzern in wirtschaftlicher, technischer und juristischer Hinsicht bei Verkehrsunfällen aller Art, in erster Linie bei Unfällen, die durch Automobile hervorgerufen wer-